

1. Protokoll der Sitzung des Vororts, 13. 10. 1941

F/K

Protokoll der 6. Sitzung des Vororts im Vereinsjahr 1941/42 vom 13. Oktober 1941, 14.15 Uhr, im Bureau des Vororts in Zürich.

Anwesend sind die Herren Dr. Hans Sulzer, Präsident des Vororts, der den Vorsitz hat; Albert Pictet, Fr. Hug, Caspar Jenny und R. M. Naef, Mitglieder des Vororts.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Dr. C. Koechlin, Vizepräsident des Vororts, und Dr. L. Bindschedler, Mitglied des Vororts.

Anwesend ist ferner Herr Dr. Otto Steinmann, Vizepräsident des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen.

Vom Vorort sind anwesend Herr Dr. H. Homberger, Direktor des Vororts, sowie die Sekretäre Dr. H. Herold und Dr. E. Frey, der das Protokoll führt.

Traktanden:

1. Stand der Blockaderegulung mit Grossbritannien.
2. Wirtschaftliche Beziehungen mit den U.S.A.
3. Wirtschaftliche Beziehungen mit Italien.
4. Probleme der Preiskontrolle.
5. Gewerbepolitische Fragen.
6. Verschiedenes.

1. Stand der Blockaderegulung mit Grossbritannien.

Herr Dr. *Homberger*: [...] Die Krise ist nunmehr ausgebrochen. Die Britische Gesandtschaft hat dem Bundesrat eine Botschaft überreicht, in der darauf hingewiesen wurde, dass die schweizerische Industrie einen substanziellen Beitrag zur deutschen Kriegführung leiste. Es wurde beigefügt, dass die schweizerische Regierung trage dafür nicht getadelt werde, dass man den Schwierigkeiten der Schweiz Rechnung trage und dementsprechend auch die bisherigen Nahrung- und Futtermittel-Navicertkontingente nicht ändern wolle. Man sei auch bereit, für gewisse andere «consumption goods», wie beispielsweise Oele und Fette für die Seifenindustrie etc., Navicerts zu bewilligen. Dagegen sollen vorderhand keine andern industriellen Rohmaterialien mehr für die Schweiz durchgelassen werden. Mildernd war der Erklärung beigefügt, dass die neue verschärfte Politik Grossbritanniens Aenderungen erfahren könne, je nach der Entwicklung der schweizerischen Ausfuhr nach Deutschland und je nachdem, was die Schweiz nach Grossbritannien und dem Empire zu liefern imstande sei.

Vor dieser Gefahr einer Verschärfung der Blockade war man in der Schweiz nicht blind. Man hat sich darauf eingerichtet, insbesondere einmal dadurch, dass in den Verhandlungen mit Deutschland ganz spezieller Wert auf die Erzielung von Erleichterungen für die Ausfuhr nach den Blockademächten gelegt wurde. Trotzdem ist es leider nicht gelungen, Grossbritannien zu beschwichtigen. Der äussere Anlass für die englische Reaktion ist das schweizerisch-deutsche Abkommen vom 18. Juli 1941. England zeigte sich auch darüber verärgert, dass es nicht rechtzeitig über diesen

Vertrag unterrichtet worden sei. Dieser Vorwurf ist indessen unberechtigt. England wurde über die wichtigsten in Aussicht stehenden Vereinbarungen bereits einige Wochen vor Vertragsabschluss informiert. [...]

In materieller Hinsicht sieht England nur, was die Schweiz nach Deutschland liefert und was England gern aus der Schweiz beziehen möchte und nicht erhalten kann. Für unsere Lage scheint zwar ein gewisses, aber platonisches Verständnis vorhanden zu sein. Es wird behauptet, die Aufrechterhaltung unserer Beziehungen nach dem Westen sei ungenügend gelungen. Insbesondere sei die Zusammensetzung der Exporte nach den beiden Ländergruppen sehr verschiedenwertig. Das «malaise» konzentriert sich schlussendlich auf die Lieferungsunfähigkeit der Schweiz für einige wichtige Waren. [...]

Diese Reaktion hatte auf alle Fälle kommen müssen, auch wenn das Abkommen mit Deutschland erheblich günstiger ausgesehen hätte. Zu dem einen Ziel Englands – mögliche Einschränkungen des Exportes nach Deutschland – ist zu sagen, dass ein grosser Teil vor allem der England nicht genehmen Exporte auf Rohmaterialien der Achsenmächte beruht. Ein Teil des schweizerischen Exportes nach den Achsenstaaten, vor allem der Agrarexport, wird im übrigen in der nächsten Zeit von selbst eher zurückgehen. Noch wichtiger als diese Frage scheinen England die eigenen Bezugsmöglichkeiten aus der Schweiz zu sein. Die Verhandlungsdelegation hat daher von allem Anfang an versucht, eine wesentliche Auflockerung auf dem Geleitscheingebiet zu erzielen. Einiges ist dabei erreicht worden. Prinzipielle Erleichterungen auf diesem Gebiet sind indessen kaum möglich; es kann sich lediglich um Erleichterungen von Fall zu Fall handeln, was auch England eingesehen hat. Die Engländer haben daher in der «Commission mixte» eine konkrete Liste der speziell gewünschten schweizerischen Waren übergeben. Es handelt sich dabei insbesondere um Werkzeugmaschinen, Décolletageartikel, spezielle Uhren und Uhrwerke, Chronographen, Uhrenteile und Uhrensteine. Alle diese Waren sind geleitscheinpflichtig. Obwohl es ausserordentlich schwierig sein wird, Geleitscheine für diese von England gewünschten Waren zu erhalten, durfte man es nicht ablehnen, einen Versuch zu unternehmen. [...]

Herr *Pictet* erkundigt sich, ob von englischer Seite auf die Deutschland gewährten Kredite hingewiesen worden ist.

Herr Dr. *Hombberger*: Es handelt sich dabei für England allen Anschein nach eher um eine sekundäre Frage.

Herr *Jenny*: Es wird gegenwärtig im Inland eine überaus schädliche Propaganda betrieben, indem manche Leute, ohne genügend Kenntnisse zu haben, am bestehenden Vertragswerk mit Deutschland herumrörgeln. Hier sollte ein Riegel gestossen werden. Herr *Jenny* erklärt sich im übrigen mit dem beabsichtigten weitem Vorgehen einverstanden.

Herr *Naef* erkundigt sich, ob von englischer Seite an den schweizerischen Kriegsmaterialexporten nach Deutschland nicht besonders Anstoss genommen wurde. Diese Exporte müssen als ganz besonders gefährlich betrachtet werden, und es wäre sicher das kleinere Uebel, wenn die mit einer Drosselung dieser Ausfuhr eventuell entstehende partielle Arbeitslosigkeit in Kauf genommen würde.

Der *Vorsitzende*: Deutschland hat gerade an diesen Bezügen das grösste Interesse. Es ist allerdings sehr bedauerlich, dass gegenwärtig erneut Projekte einer Ausweitung der Kriegsmaterialproduktion in der Schweiz bestehen.

Herr Dr. *Homberger*: Diese Ausfuhr ist England ohne Zweifel ein Dorn im Auge. Es wird indessen wenig davon gesprochen. Als die schweizerische Ausfuhr noch nach allen Seiten möglich war, ging die gesamte überschüssige schweizerische Kriegsmaterialproduktion nach dem Westen. Diese Verhältnisse haben gegenüber Deutschland eine sehr gespannte Situation erzeugt, um so mehr, als diese Exporte vielfach auf deutschem Rohmaterial basierten. Die Entscheidung und Wendung in dieser Frage ist seither ohne Dazutun der Schweiz durch den Zusammenbruch Frankreichs erfolgt. Den Engländern sind diese Verhältnisse bekannt; es darf auch darauf hingewiesen werden, dass sich die schweizerische Kriegsmaterialproduktion ausschliesslich in der Form des Umarbeitungsverkehrs abspielt.

Herr *Pictet* bedauert die in Aussicht stehende Erweiterung der Kriegsmaterialproduktion in Genf ebenfalls sehr. Die Aufblähung dieser Industrie ist geeignet, in der Nachkriegszeit vermehrte Arbeitslosigkeit zu schaffen. Man muss sich wohl überlegen, wohin man auf diesem Gebiet geht. Die Kriegsmateriallieferungen nach den Achsenstaaten dauern heute schon bedeutend länger, als die Lieferungen nach dem Westen gedauert haben.

Herr Dr. *Homberger*: Die gegenwärtige gute Beschäftigungslage in der Schweiz basiert auf den guten Lieferungen der Gegenblockademächte. Wenn der Kriegsmaterialexport abgebremst würde, müsste zweifellos mit einem scharfen Rückgang der Lieferungen aus den Achsenstaaten gerechnet werden.

Herr *Naef* wirft die Frage auf, ob die Kriegsmaterial produzierenden Firmen nicht schärfer als bisher besteuert werden könnten, um dadurch eine weitere Expansion dieser Produktion uninteressant zu machen.

Herr Dr. *Homberger* verweist hiezu auf die Vorarbeiten zu einer Revision der Kriegsgewinnsteuer.

[...]

3. Wirtschaftliche Beziehungen mit Italien.

Herr Dr. *Homberger*: Den schweizerischen Beziehungen mit Italien kommt ebenfalls eine grosse, lebenswichtige Bedeutung zu. Die Zufuhr von Massengütern aus Uebersee ist gegenwärtig nur über Italien möglich, da die französischen Häfen praktisch infolge der Abmachungen in den Waffenstillstandsverhandlungen geschlossen sind. Italien hat der Schweiz bis jetzt nicht zu überschätzende Dienste geleistet; Italien muss auch ganz besonders die Zulassung des Transits von italienfeindlichen, für die Schweiz bestimmten Gütern positiv angerechnet werden. Diese Dienste muss man anerkennen; es handelt sich dabei allerdings um ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Italien hat diese Dienste nicht gratis geleistet und will es offensichtlich auch in Zukunft nicht tun. Das Gegenbegehren lautet wie bei Deutschland auf Kredit. Im Sommer 1940 wurde Italien, während der Verhandlungen mit Deutschland in Berlin, ziemlich überstürzt ein Kredit von 75 Millionen Fr. eingeräumt, ohne bestimmte Gegenleistungen zu verlangen. Im Dezember 1940 ist ein erneuter Kredit von 75 Millionen Fr. eingeräumt worden, wobei die Schweiz dann nicht verfehlte, Gegenforderungen sowohl auf dem Import- als insbesondere auf dem Gegenblockadegebiet zu stellen. Wesentliche Begehren konnten bei dieser Gelegenheit realisiert werden; insbesondere war es bei

dieser Gelegenheit auch möglich, für die Schweizerkolonie in Süditalien eine befriedigende Regelung zu treffen.

Herr Generaldirektor Masi hat nun kürzlich erneut den Wunsch der italienischen Regierung überbracht, einen weiteren Kredit zu erhalten, da über die beiden erstgenannten Kredite schon völlig disponiert worden ist, indem die entsprechenden Aufträge plaziert worden sind. Die neue Forderung geht auf 150 Millionen Fr. Eine grundsätzliche Ablehnung dieses italienischen Begehrens ist offenbar nicht möglich, da ein gutes Einvernehmen mit Italien unerlässlich ist. Italien kann auch nicht schlechter behandelt werden als Deutschland. Italien hat gleichzeitig auch Verhandlungen mit den Banken eingeleitet, um noch einen weiteren Kredit von 125 Millionen Fr. zu erlangen. Auch für diesen Bankenkredit liegt ein Präzedenzfall vor, indem bereits vor einiger Zeit ein privater, verzinslicher, durch in Rom liegendes Gold gedeckter Kredit von 125 Millionen Fr. eingeräumt worden ist. Bei diesem Kredit ist der Bund ebenfalls durch eine Garantieleistung engagiert. Der neue Bankkredit wäre prinzipiell gleicher Natur; die Deckung bestünde indessen nicht mehr in Gold, sondern aus Werttiteln.

Der von Italien geforderte neue Kreditbetrag ist übersetzt. Die Italien zu gewährenden Kredite müssen in einem vernünftigen Verhältnis zu den Deutschland gewährten Krediten stehen. Man wird dabei davon ausgehen können, dass der schweizerisch-italienische Warenverkehr etwa halb so gross ist wie der schweizerisch-deutsche und dass auch die italienische Bevölkerung ungefähr halb so gross ist wie die deutsche, wobei allerdings die wirtschaftliche Kapazität Deutschlands erheblich mehr als doppelt so gross als diejenige Italiens veranschlagt werden muss.

In die Beurteilung dieses Kreditbegehrens muss insbesondere die ungünstige gegenwärtige wirtschaftliche Verfassung Italiens miteinbezogen werden. Italien zeigt gegenwärtig alle Symptome einer drohenden Inflation, soweit sie nicht schon in voller Entfaltung ist. Ein Bericht ist schlechter als der andere. Im Falle einer Inflation wäre der im Clearing festgelegte Zwangskurs eine ausserordentliche Erschwerung für den Import. Auch die politische Entwicklung in Italien ist unabsehbar und voll von unbestimmbaren Unsicherheiten. Vorsicht ist in der Frage der Kreditgewährung daher unbedingt am Platz. Aus rein privatwirtschaftlichen, renditemässigen Ueberlegungen müsste der Kredit vielleicht abgelehnt werden. Aber wie erwähnt wäre eine integrale Ablehnung volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. Die Eingehung eines gewissen Risikos ist nicht zu vermeiden. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sollte der neu zu gewährende Kredit (Clearing- und Privatkredit zusammengerechnet) 100 Millionen Fr. nicht überschreiten, auch wenn man in dieser Frage sehr large sein will. Ausserdem können im Clearing Italien wie gegenüber Deutschland wieder gewisse Auszahlungsfristen eingeführt werden. Ein dreimonatiger Auszahlungstermin ergäbe weitere 40–50 Millionen Fr., sodass auf dieser Basis Italien für total rund 150 Millionen Fr. Waren ohne sofortige entsprechende Gegenlieferungen aus der Schweiz zusätzlich beziehen könnte. Eine derartige Kreditgewährung müsste dann aber bis Ende 1942, wie im Falle Deutschlands, ausreichen. Es ist im übrigen dafür Sorge getragen, dass die Frage des Clearingkredites und des Bankenkredites gesamthaft und nicht etwa isoliert behandelt wird.

Ein neuer Kredit an Italien wäre überdies nur dann tragbar, wenn Italien neue wesentliche Gegenleistungen machen würde. So muss auf dem Gebiet der Gegen-

blockade eine durchgreifende grosszügige Behandlung verlangt werden. Die Durchfuhr durch Italien auch im Export ist von um so grösserer Bedeutung, als bekanntlich bei der Ausfuhr über La Plaine infolge der englischen Weigerung, Ursprungs- und Interesse-Zeugnisse zu erteilen, Schwierigkeiten bestehen. Weiterhin wird die Schweiz die Stärkung und Konsolidierung der italienischen, für die Schweiz lebensnotwendigen Lieferungen verlangen. Es handelt sich dabei insbesondere um Pyrit, Schwefel, Hanf, Hanfgarne, Zellwolle, Zellwollgarn, Seide etc. Ausserdem hat die Schweiz auch gewisse Wünsche auf der Exportseite. Sodann soll ein neuer Versuch unternommen werden, um zu erreichen, dass mit den Griechenschiffen bis nach Genua gefahren werden kann, was für den Import einen enormen Vorteil bedeuten würde. Es soll ferner auch eine Lösung in der Kriegsschädenfrage sowie in der Visumsfrage angestrebt werden. Schliesslich ist es auch notwendig, die im Clearing aufgetauchten Reibungen und Störungen zu beseitigen. Es stehen also ausgedehntere Verhandlungen mit Italien bevor. Der Bundesrat hat prinzipiell der Gewährung eines Kredites von höchstens 100 Millionen Fr. (Clearing- und Bankenkredit zusammen) zugestimmt unter der Voraussetzung der Erzielung angemessener italienischer Gegenleistungen. Herr *Pictet* bedauert die schweizerische Haltung in bezug auf diese Kreditfrage. Die Situation gegenüber den Westmächten war eine verschiedene. Die Lieferungen erfolgten gegen Barzahlung. Heute sind es Kreditlieferungen. Es fragt sich, ob es die richtige Politik ist, sich immer mehr in Kredite hineinzuwagen, wo gerade jetzt wieder Besprechungen mit England und USA im Gange sind. Es wäre sicher eher zu verantworten, im schlimmsten Fall eine gewisse Arbeitslosigkeit und Entbehrungen in Kauf zu nehmen, als auf dem beschrittenen Weg immer weiter zu gehen. Es resultiert dabei eine immer weitere Zusammenarbeit im Interesse der Aufrüstung der Ach[s]enmächte, und zwar werden dazu schweizerische öffentliche Mittel verwendet. Es fragt sich, ob das Volk mit einer solchen Politik einverstanden wäre. Es fragt sich auch, ob nicht erneute Gegenaktionen Englands ausgelöst werden. Das Wohlwollen Englands und der USA ist für die Schweiz notwendig.

Herr Dr. *Homburger*: Der Kredit ist die einzige «Monnaie d'échange» der Schweiz in diesen Verhandlungen. Wenn eine Einigung mit den Achsenmächten nicht erzielt werden kann, droht Schwerwiegenderes als bloss eine gewisse Teilarbeitslosigkeit und gewisse Entbehrungen. Der Kredit muss helfen, die von der Schweiz dringend benötigten Gegenleistungen und Erleichterungen durchzubringen, die es dann auf der andern Seite wieder gestatten sollen, England und USA das zu geben, was sie haben wollen. Diese Leistungen bilden aber wieder die Voraussetzung für die Fortsetzung der Importe aus Uebersee. Auf diese Weise greift eines ins andere. Gelingt es indessen nicht, von Italien gegen diesen Kredit substantielle Konzessionen zu erlangen, so muss die Schweiz fest bleiben. Können dagegen gewisse wesentliche Konzessionen für die Ausfuhr nach Uebersee erreicht werden, so ist das eine schätzenswerte Hilfe für den Verkehr mit den USA und England. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass sämtliche Lieferungen aus dem Westen nur im Einverständnis mit Italien möglich sind. Man darf es daher mit Italien nicht verderben. Es darf auch erneut betont werden, dass der Kredit nicht international, sondern national gebunden gewährt wird und dazu beiträgt, Arbeit im Inland zu schaffen. Soweit Kriegsmaterialexporte in Frage stehen, müssen die Rohstoffe von Italien beigestellt werden.

Der *Vorsitzende*: Im Falle es zu einem Bruch mit Italien käme, wären die Importe aus

dem Westen unmöglich gemacht. In diesem Moment würde die Schweiz vollständig in die Hand der Achsenmächte gespielt. Daran hat England gewiss auch kein Interesse.

[...]

Quelle: AfZ, IB SHIV/Vorort, 1.5.3. 11. Siehe S. 18 (Anm. 4); S. 147 (Anm. 227); S. 199 (Anm. 475).